

Wahlsieg der Islamisten in Ägypten: Der Aufstieg der Muslimbrüder und der Salafisten

Annette Büchs

Am 23. Januar 2012 tagte zum ersten Mal in der Geschichte der ägyptischen Republik ein frei und fair gewähltes Parlament. Unangefochtener Sieger der vorangegangenen Parlamentswahlen waren die Islamisten. Mit gut 70 Prozent der Stimmen landeten sie einen „Erdrutschsieg“, wobei die Freedom and Justice Partei (FJP) der Muslimbruderschaft 47 Prozent und die konservativ-salafistische al-Nur-Partei 24 Prozent der Sitze gewann.

Analyse

Die Parlamentswahlen stellten die erste Etappe in einem Übergangsprozess dar, der vom momentan regierenden Hohen Militärrat geleitet wird. Versprochenes Ziel des Rates ist die Schaffung eines demokratischen Systems und die Machtübergabe an eine zivile Regierung Mitte 2012. Es stellt sich die Frage, wie der Wahlsieg der Islamisten einzuordnen ist und welche Folgen sich daraus für die Entwicklung Ägyptens ergeben können.

- Unabhängig vom Wahlergebnis sind die Parlamentswahlen aufgrund ihres weitgehend fairen Ablaufs als ein erster Schritt auf dem langen Weg zu einem pluralistischeren System anzusehen.
- Der Wahlsieg der Islamisten spiegelt eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung wider. Große Teile der Gesellschaft waren bereits vor dem Sturz Mubaraks islamisiert. Auch wurde die „Revolution des 25. Januar“ nicht ausschließlich von säkularen Kräften getragen; an der Organisation der Proteste waren vor allem auch junge Islamisten beteiligt.
- Obwohl die Muslimbrüder als stärkste Kraft aus den Wahlen hervorgegangen sind, hat der Sturz Mubaraks ihre monopolartige Stellung erodiert und eine Auffächerung des islamistischen Spektrums in Gang gebracht. Zwölf neu gegründete islamistische Parteien traten zu den Wahlen an und zum ersten Mal haben die Muslimbrüder nun islamistische Konkurrenz im Parlament.
- Eine große Koalition der Islamisten im neuen Parlament ist vermutlich unwahrscheinlich. FJP und al-Nur sind eher Konkurrenten um eine potenziell gleiche Anhängerschaft. Darüber hinaus gibt es markante Unterschiede in ihrer Programmatik.

Schlagwörter: Islamisten, Salafisten, Muslimbrüder, Wahlen, Demokratisierung

Ägypten nach Mubarak

Am 11. Februar 2011 trat Husni Mubarak nach 18-tägigen Massenprotesten vom Präsidentenamt zurück. Gleichzeitig übernahm der aus 18 hochrangigen Offizieren bestehende Hohe Militärrat die Macht und stellte sich auf die Seite der Demonstranten. Der Rat versprach, einen demokratischen Übergang einzuleiten und binnen sechs Monaten die Macht an eine zivile Regierung zu übergeben. Seither ist die Politik des Militärrats jedoch ambivalent und der Weg des politischen Übergangs steinig. Während der Militärrat sich in einigen Punkten an sein Versprechen hält, versucht er gleichzeitig, die bisherigen politischen und wirtschaftlichen Vorrechte des Militärs auch in ein neues „Post-Mubarak-Ägypten“ zu retten. Dabei greift er teilweise auf die repressiven Methoden des Mubarak-Regimes zurück und hat den Zeitpunkt der Machtübergabe immer wieder hinausgezögert.

Die dreistufigen Parlamentswahlen von 2011/2012 waren der erste Schritt auf dem Weg des politischen Übergangs, über dessen Verlauf das ägyptische Volk in einem Referendum zu Verfassungsänderungen im März 2011 abgestimmt hatte. Laut diesem wird das neue Parlament eine 100-köpfige verfassungsgebende Versammlung wählen, welche eine Verfassung ausarbeiten und dem Volk zur Abstimmung vorlegen wird. Gleichzeitig soll ein Präsident gewählt und damit die Übergabe der Macht de facto vollzogen werden.

Seit dem Referendum sind jedoch politische Auseinandersetzungen um die genaue Ausgestaltung des Fahrplans an der Tagesordnung. Das Militär hat bereits in zwei Initiativen versucht, seinen Einfluss auf den Inhalt der neuen Verfassung und die Zusammensetzung der verfassungsgebenden Versammlung zu sichern: durch das „Silmi Dokument“¹, das dem Militär beispielsweise ein Veto-Recht bei bestimmten Artikeln einräumen sollte, sowie durch die Schaffung eines Berater-Rates. Diesen wollte man daran beteiligen, die Kriterien für die Mitgliedschaft in der verfassungsgebenden Versammlung festzulegen. Beides wurde nach vehementer Kritik weiter Teile des pro-demokratischen Lagers vorerst verworfen. Auch um das neue Wahlgesetz wurde zwischen Militär und den pro-demokratischen Kräften gerungen.

¹ Es ist nach dem stellvertretenden Premierminister Ali al-Silmi benannt, der die Erstellung des Dokuments beaufsichtigt hatte.

Die erste und zweite Fassung des Gesetzes hätten, so argumentierten die pro-demokratischen Kräfte, Ex-Mitglieder von Mubaraks Regierungspartei NDP bevorzugt. Im April 2011 war diese durch den Militärrat aufgelöst worden. Dass das Militär die Machtübergabe an eine zivile Regierung kontinuierlich hinauszögerte, war immer wieder ein Stein des Anstoßes. Teile der Jugendbewegung fordern seit Monaten den sofortigen Rücktritt des Militärrates. Gegen solche Kritiker und Aktivisten wurde zunehmend mit Einschüchterung und Gewalt vorgegangen. Besonders seit November 2011 kommt es verstärkt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Militär und Demonstranten.

Die Parlamentswahlen

Akteure

Seit dem Präsidentensturz haben sich zahlreiche neue Parteien gebildet. Unmittelbar nach seiner Machtübernahme hat das Militär die Restriktionen der Parteienbildung deutlich gelockert. An den Parlamentswahlen von 2011/2012 nahmen knapp über 40 Parteien – in der überwältigenden Mehrheit Neugründungen – teil. Sie lassen sich in vier politische Lager einteilen: das islamistische, das liberale, das linke und das Lager der alten Kräfte aus der ehemaligen Regierungspartei NDP.

Das islamistische Lager ist dadurch gekennzeichnet, dass es einen zivilen Staat anstrebt, der auf einem islamischen Referenzrahmen basiert. In ihm soll somit die Scharia als Hauptquelle der Gesetzgebung gelten. Innerhalb der islamistischen Strömung gibt es jedoch ganz unterschiedliche Auffassungen darüber, wie der islamische Referenzrahmen und die Scharia zu verstehen sind. Moderate Teile des islamistischen Lagers, wie zum Beispiel die FJP der Muslimbruderschaft, haben hier ein flexibles Verständnis. Sie legen die religiösen Quellen Koran und Sunna nicht in jedem Bereich wörtlich aus, sondern interpretieren sie als je nach Ort und Zeit unterschiedlich umsetzbar. Ultra-konservative Islamisten, wie die salafistische Partei *al-Nur* (das Licht) zeigen jedoch ein starres und rigides Verständnis von Islam und Scharia. Unabhängig von Ort und Zeit verstehen sie die religiösen Quellen wörtlich. Während salafistische Kräfte bis unmittelbar vor dem Sturz Mubaraks explizit unpolitisch waren und sich vor allem mit Glaubensfragen und Ritus beschäftigten, nahm die

moderat-islamistische Muslimbruderschaft bereits seit den frühen 1980er Jahren am formalen politischen Prozess teil. Seither avancierte sie zur größten organisierten Opposition unter Mubarak – und dies trotz ihres prekären rechtlichen Status. Offiziell war die Organisation verboten; de facto wurde sie jedoch in bestimmten Grenzen geduldet. Im Parlament konnte sie nur mit „unabhängigen“ Abgeordneten agieren und ihre Mitglieder standen stets „mit einem Bein im Gefängnis“. Nach dem Sturz Mubaraks konnte die Muslimbruderschaft erstmals eine eigene Partei, die FJP, gründen.

Das liberale Lager besteht zu einem Teil aus Kräften, die sich dezidiert vom gesamten islamistischen Lager abgrenzen, weil sie eine islamistische Zukunft Ägyptens fürchten. Prominentes Beispiel hierfür ist die Free Egyptians Partei des koptischen Milliardärs Naguib Sawiris. Zum anderen Teil wird das liberale Lager aus Kräften gebildet, die – ähnlich wie die moderaten Islamisten – ebenfalls wünschen, dass die Prinzipien der Scharia als Hauptquelle des Rechts gelten. So spricht sich beispielsweise die liberale al-Wafd Partei bereits seit den frühen 1980er Jahren dafür aus. Zwischen diesem Teil des liberalen Lagers und der moderaten Muslimbruderschaft kam es besonders in den letzten Jahren wiederholt zu Kooperationen und durchaus auch zu zunehmenden programmatischen Überschneidungen. Gemeinsam forderten sie politische Freiheitsrechte wie Meinungs- oder Versammlungsfreiheit.

Auch das linke Lager weist Überschneidungen mit dem islamistischen Lager auf. So beansprucht zum Beispiel die Islamic Labor Partei für sich, sowohl links als auch islamistisch zu sein. Andere linke Kräfte, wie die Tagammu, stehen jedoch traditionell in starker Konkurrenz zum und in scharfer Abgrenzung vom islamistischen Lager. Das linke Lager war ebenso wie das liberale Lager jedoch selbst lange Funktionsteil des Mubarak-Regimes. Vom Regime kooptiert, konnten ihre Führungspersonlichkeiten kaum Glaubwürdigkeit als genuine Opposition erlangen.

Das Lager der „alten“ Kräfte besteht vor allem aus Ex-Mitgliedern der im April 2011 aufgelösten NDP. Diese haben sich in neun neuen Parteien zusammengefunden. Da die NDP keine eigene Ideologie aufwies, sind auch die neuen Parteigründungen nicht auf ideologischer Grundlage zustande gekommen. Stattdessen sammeln sich hier Individuen, die auf lokaler Ebene über familiären und

finanziellen Einfluss verfügen und unter Mubarak ihre Wählerstimmen hauptsächlich erkaufte hatten.

Die Jugendbewegung, welche die Massenproteste Anfang 2011 initiiert hatte, ist kaum in Parteien organisiert. Ein Großteil hat sich vor allem aus Frustration über den Militärrat dazu entschieden, sich außerhalb der formalen politischen Kanäle für einen demokratischen Wandel einzusetzen.

Abbildung 1: Zentrale Parteien

Islamistische Parteien	ultra-konservativ	al-Nur, al-Asala, al-Fadyla, Building and Development Partei
	moderat	Freedom and Justice Party, Renaissance, al-Tayar, al-Wasat
Liberale Parteien	gegenüber Islamisten aufgeschlossen	Al-Wafd, al-Ghad, Masr al-Hurriya
	gegenüber Islamisten skeptisch	Free Egyptians Party, Democratic Front
Linke Parteien		Tagammu, Social Democratic Party, Equality and Development Party; Egyptian Socialist Party; Islamic Labor Party
Parteien von Ex-NDP'ern		Freedom Party; Citizen Party, National Party, Union Party

Quelle: Zusammenstellung der Autorin.

Um ihre Chancen bei den Parlamentswahlen zu erhöhen, haben sich einige Parteien zu Parteibündnissen zusammengeschlossen. Insgesamt vier solcher Bündnisse traten zu den Wahlen an: die „Islamistische Allianz“, die „Demokratische Allianz“, die „Vollendung der Revolution“ und der „Ägyptische Block“.

Die vier Bündnisse spiegeln die vier politischen Lager nicht komplementär wider. Lediglich die „Islamistische Allianz“ ist klar dem Lager der Islamisten zuzuordnen, umfasst aber ausschließlich ultra-konservative Parteien. Die bedeutendste und größte Kraft innerhalb dieser Allianz stellt die salafistische al-Nur Partei dar. Um ein Gegengewicht zu den Islamisten zu bilden – ihnen hatte man schon im Vorfeld einen Wahlsieg zugetraut – schloss sich der „Ägyptische Block“ zusammen. In ihm sind Kräfte aus dem liberalen und dem linken Lager vereint, die eine islamistische Zukunft Ägyptens strikt ablehnen, wie die Free Egyptians Partei von Naguib Sawiris sowie die Tagammu

Partei. Obwohl sich hier eine gewisse Polarisierung zwischen islamistischen und dezidiert nicht-islamistischen Kräften abzeichnet, haben sich in der Mitte zwei Bündnisse aufgetan, in denen Islamisten, Liberale und Linke kooperierten: die „Demokratische Allianz“ und die „Vollendung der Revolution“. Unabhängig vom politischen Lager wollen die in diesen Bündnissen vertretenen Parteien eine zunehmende Polarisierung der Gesellschaft in islamistisch versus nichtislamistisch vermeiden. Stärkste Kraft in der „Demokratischen Allianz“ bildet die FJP der Muslimbruderschaft. Aber auch die liberale Ghad Partei ist in ihr vertreten. Zum Bündnis „Vollendung der Revolution“ gehört neben Linken und Liberalen auch die al-Tayar Partei – eine Abspaltung der Muslimbruderschaft, gegründet von Jugendlichen der Organisation.

Abbildung 2: Parteienbündnisse



Quelle: Zusammenstellung der Autorin.

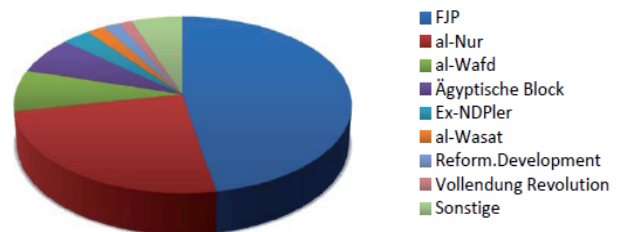
Ablauf

Die Wahlen zum ägyptischen Unterhaus wurden in drei Runden abgehalten. Sie begannen am 28. November 2011 und endeten am 11. Januar 2012. 498 Sitze wurden zu einem Drittel durch die Direktwahl einzelner Kandidaten besetzt, zwei Drittel durch Listenwahl. Bei letzterer traten neben einzelnen Parteien auch die vier genannten Parteienbündnisse an. Zusätzlich zu den 498 gewählten Abgeordneten wurden zehn weitere durch den Militärrat bestimmt. Zum ersten Mal in der Geschichte der ägyptischen Republik, die 1953 ausgerufen und seither autoritär regiert wurde, verliefen die Wahlen weitestgehend frei und fair. Vollständig wird das Parlament allerdings erst nach den Oberhaus-Wahlen im Februar 2012 sein. Dann erst wird das neue Parlament mit der Wahl der Mitglieder der verfassungsgebenden Versammlung beginnen.

Ergebnis

Wahlsieger der ersten „Post-Mubarak“ Parlamentswahlen sind die Islamisten. Die meisten Stimmen konnte die FJP auf sich vereinen. Sie ist mit 235 Abgeordneten im Parlament vertreten (47,2 Prozent der Sitze). Zweitstärkste Kraft bildet mit 123 Sitzen (24,7 Prozent) die al-Nur-Partei. Platz drei und vier belegen die traditionsreiche liberale Wafd Partei, die mit 42 Abgeordneten (7,6 Prozent der Sitze) im Parlament vertreten ist, und der Ägyptische Block, der 33 Sitze (6,8 Prozent) gewann. Erstaunlicherweise trat die im Vorfeld erwartete, massive Wiederkehr alter Kräfte der NDP nicht ein. Nur 14 Sitze (drei Prozent) gingen an von Ex-NDP-Mitgliedern dominierte Parteien. Die restlichen Sitze gewannen verschiedene kleinere Parteien, zum Beispiel die moderat-islamistische Al-Wasat-Partei, eine Abspaltung der Muslimbruderschaft aus den 1990er Jahren, die zehn Abgeordnete stellt (zwei Prozent der Sitze), oder die liberale Reform and Development Partei mit neun Sitzen (1,8 Prozent); das Parteienbündnis „Vollendung der Revolution“ hat sieben Sitze (1,4 Prozent) erlangt (el Amrani, 2012).

Abbildung 3: Sitzverteilung im Parlament



Quelle: Zusammenstellung der Autorin.

Islamisten an der Macht

Trittbrettfahrer der Revolution?

Vor allem auf Grund ihrer geringen Medienpräsenz in den ersten Tagen des Aufstandes gegen Hosni Mubarak werden die Islamisten häufig als Trittbrettfahrer einer dezidiert säkular-liberalen „Revolution des 25. Januar“ dargestellt. Vernachlässigt wird hierbei jedoch, dass der Volksaufstand von weiten Teilen der Bevölkerung – unabhängig von deren politischer Gesinnung – getragen wurde. Auch die Jugendbewegung, die die Proteste organisiert hatte, war nicht rein säkular. Beispielsweise verfügte die Facebook-Gruppe „Wir sind alle

Khaled Said“, die zu den Massendemonstrationen aufgerufen hatte, neben dem Google-Manager Wael Ghoneim noch über zwei weitere Administratoren. Einer von ihnen war zu diesem Zeitpunkt ein junges Mitglied der Muslimbruderschaft (*al-Dustur*, 2. März 2011).

Der Volksaufstand von Anfang 2011 hatte außerdem seinen Vorläufer in einer Protestbewegung, die seit 2003 sukzessive zu wachsen begonnen hatte. Die islamistische Muslimbruderschaft war ein integraler Bestandteil dieser Bewegung. Zwischen den verschiedenen oppositionellen Kräften entwickelte sich allmählich ein Ideologie übergreifender Minimalkonsens. Er drückt sich in den Grundforderungen der Revolution nach „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“ aus. Diese sind nicht nur Prinzipien des politischen Liberalismus, sondern auch islamische Prinzipien, mit denen die Muslimbruderschaft spätestens seit 2004 explizit gegen das Fortbestehen des Autoritarismus in Ägypten mobilisiert hatte.

Insbesondere drei Faktoren haben es begünstigt, dass die Islamisten – FJP als auch die al-Nur Partei – als mit Abstand stärkste Kraft aus den Wahlen hervorgegangen sind. Zwei von ihnen liegen in der Politik des Mubarak Regimes selbst begründet:

1. Die Islamisierung der Gesellschaft. Die ägyptische Regierung hatte seit den 1990er Jahren zu einer Islamisierung der ägyptischen Gesellschaft beigetragen. Zwar handelte es sich hier um einen unpolitischen, dafür aber um einen ultra-konservativen Islam. Ziel des Regimes war es gewesen, die wachsenden Delegitimierungsversuche von Islamisten, die das Mubarak-Regime als unislamisch bezeichneten und zu dessen Sturz aufriefen, abzuwehren. Im Bestreben, sich fortan als ein „frommes“ Regime zu geben, wurde das öffentliche Leben schrittweise islamisiert.
2. Die Schwäche der nichtislamistischen Opposition. Während islamistische Parteien unter Mubarak nicht zugelassen waren, wurden die bestehenden (nichtislamistischen) Oppositionsparteien strukturell geschwächt. Restriktive Regulierungen verhinderten, dass diese eine eigene Massenbasis aufbauen konnten, und Kooptation unterhöhlte ihre Glaubwürdigkeit.
3. Der karitative Charakter islamistischer Gruppen. Durch den Aufbau eines weitläufigen Netzes sozialer Einrichtungen haben es die Islamisten

geschafft, eine große Nähe zu den unteren Einkommensschichten herzustellen und eine hohe Glaubwürdigkeit in der ägyptischen Gesellschaft zu erlangen. Betrieben wurden diese Einrichtungen nicht nur von großen Gruppierungen wie der Muslimbruderschaft, sondern auch von vielen kleinen Organisationen, die sich alle dem islamistischen Spektrum zugehörig fühlen.

Eine große Koalition der Islamisten?

Muslimbruderschaft und Salafisten wetteifern um die potenziell gleiche Anhängerschaft. Die FJP und die al-Nur sind deshalb eher Konkurrenten als natürliche Partner. Zwischen ihnen gibt es außerdem deutliche programmatische Unterschiede, die aus ihrem divergierenden Verständnis von der Scharia und von ihrem unterschiedlichen Erfahrungsgrad im Umgang mit dem formalen politischen System resultieren. Eine dauerhafte große Koalition zwischen ihnen ist deshalb eher unwahrscheinlich und wird, zumindest von der Seite der FJP aus, nicht insinuiert.

Die Muslimbruderschaft und ihre Partei FJP haben im Bereich des politischen und wirtschaftlichen Miteinanders ein flexibles Verhältnis zur Scharia. Sie interpretieren Scharia-Normen häufig als grundlegende ethische Prinzipien wie Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, die je nach Ort und Zeit auf unterschiedliche Art umgesetzt werden können. Der Mensch hat somit einen gewissen Interpretationsspielraum. So argumentiert die Muslimbruderschaft bereits seit einigen Jahren, dass die Demokratie – unter den momentanen Umständen – die am besten geeignete Methode für die Staatsführung sei; unter den islamischen Prinzipien Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit hat die Organisation explizit politische Freiheitsrechte und Rechtstaatlichkeit gefasst. Aufgrund ihres flexiblen Scharia-Verständnisses tritt die Muslimbruderschaft dafür ein, dass die *Prinzipien* der Scharia die Hauptquelle des ägyptischen Rechts bilden. Dies besagt Artikel 2 der ägyptischen Verfassung bereits seit 1981. Im Gegensatz dazu fordern die Salafisten, dass die Vorschriften der Scharia als Hauptquelle des Rechts zu gelten haben. Dies spiegelt ihr rigides und wörtliches Verständnis der religiösen Quellen wider, welches keinen oder nur minimalen Spielraum für menschliche Interpretation und Anpassung an die gegebenen Umstände der Zeit zulässt.

Im Bereich der Kultur und öffentlichen Moral zeigen sich jedoch gewisse Überschneidungen zwischen den Auffassungen der Muslimbruderschaft und der Salafisten. Hier hat auch die Muslimbruderschaft ein recht unflexibles Verständnis von Scharia. Sie betrachtet diesen Bereich als den unantastbaren Kern der ägyptischen Gesellschaft und Identität. Allerdings ist zu betonen, dass die Muslimbruderschaft hier – im Gegensatz zu den Salafisten – traditionell eher auf Erziehung und Beispielgebung setzt als auf Verbote und gegebenenfalls Zwang.

Während es denkbar ist, dass die Muslimbruderschaft und ihre Partei FJP in Zukunft konservativere Positionen im Bereich der öffentlichen Moral und Kultur vertreten werden, um den salafistischen Rand abzudecken, ist aber auch eine gegenläufige Entwicklung möglich. Die salafistische al-Nur könnte, wie zahlreiche islamistische Gruppierungen vor ihr, durch die Beteiligung am formalen politischen System beginnen, moderatere und pragmatischere Positionen zu beziehen.

Markant ist allerdings, dass die Muslimbruderschaft bzw. die FJP in den Bereichen, die sich nicht explizit auf Kultur und Moral beziehen, per Saldo mehr programmatische Überschneidungen mit nicht-islamistischen Kräften aufweist als mit den salafistischen. Dies ist unter anderem ihrer jahrelangen Tätigkeit in formalen politischen Foren und der Kooperation mit anderen politischen Kräften geschuldet. So gibt es zum Beispiel Überschneidungen mit Teilen des liberalen Lagers, die neben politischen Freiheitsrechten und Rechtsstaatlichkeit die Scharia ebenfalls als Hauptquelle des Rechts durchsetzen wollen. Auch ist die Muslimbruderschaft bzw. die FJP im Bereich der Außenpolitik pragmatischer als die salafistische al-Nur-Partei und weniger von einem rigiden Freund-Feind-Denken im Sinne muslimischer versus nichtmuslimischer Staaten geprägt.

Der Anfang vom Ende eines Monopols?

Insbesondere die letzten Jahre des Mubarak-Regimes waren dadurch gekennzeichnet, dass sich das Regime auf der einen Seite und die Muslimbruderschaft als mit Abstand stärkste organisierte Opposition des Landes auf der anderen Seite gegenüber standen. Eine monopolartige Stellung hatte die Muslimbruderschaft darüber hinaus vor allem unter Islamisten, die eine Beteiligung am formalen

politischen Prozess anstrebten. Ein junger Muslimbruder erklärte einige Monate vor dem Sturz Mubaraks, dass diese Stellung der Muslimbruderschaft eher einem historischen Ausnahmezustand geschuldet sei, als dass sie ein „natürlicher“ Zustand sei. Der politische Islam könnte sich seiner Meinung nach aufgrund der repressiven Politik des Mubarak Regimes nicht weiter auffächern.²

Seit dem Sturz Mubaraks ist im islamistischen Spektrum nun tatsächlich eine Diversifizierung festzustellen. Viele junge Muslimbrüder und Intellektuelle mittleren Alters, insbesondere auch Frauen, sahen sich in der hierarchischen Struktur der Organisation lange blockiert und erkennen nun die Möglichkeit, sich zu emanzipieren. Nennenswerte Initiativen sind zum Beispiel die Gründung der al-Tayar Partei durch jugendliche Mitglieder der Muslimbruderschaft, die Gründung der Renaissance Partei, oder die Ankündigung von Abdel Moneim Abul Futuh, eines hochrangigen Ex-Muslimbruders, zu den kommenden Präsidentschaftswahlen anzutreten. Bereits über 5.000 Muslimbrüder haben sich ihm als Wahlhelfer angeschlossen, trotz Drohung der Muslimbruder-Führung, dass man sie dafür aus der Organisation ausschließen werde.

Obwohl die Muslimbruderschaft wohl lange eine dominante Kraft bleiben wird, scheint langfristig gesehen jedoch eine weitere sukzessive Diversifizierung des islamistischen Spektrums möglich. Gewiss ist allerdings schon jetzt, dass die Muslimbruderschaft in diesem Jahr zum ersten Mal islamistische Konkurrenz im Parlament hat, allen voran in Form der salafistischen al-Nur Partei, aber auch der moderat-islamistischen al-Wasat Partei.

Perspektiven für einen demokratischen Übergang

Mit dem Abschluss weitgehend freier und fairer Parlamentswahlen und der ersten Sitzung des neuen Parlaments ist die erste Stufe des ägyptischen Übergangs erfolgreich beendet. Die Kompetenzen des Parlaments in Bezug auf Gesetzgebung und Kontrolle der Regierung sind, solange der Militär an der Macht ist, jedoch begrenzt. Wichtigste Aufgabe des neuen Parlaments wird die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung

² Interview mit Abdel Rahman Mansour, Kairo, Oktober 2010. Mansour war damals Mitglied in der Muslimbruderschaft und Administrator der Facebook-Gruppe „Wir sind alle Khaled Said“.

sein. Der Militärerrat wird allerdings versuchen, die Inhalte der neuen Verfassung zu beeinflussen, um seine politischen und wirtschaftlichen Vorrechte auch in Zukunft gesichert zu wissen. Während die pro-demokratischen Kräfte sich dieser Tatsache bewusst sind und sie durch Aushandeln der genauen Mechanismen des politischen Übergangs zu verhindern oder zumindest einzudämmen suchen, bleibt der Übergang selbst weiterhin in einem Dilemma gefangen, das gleichzeitig Fluch und Segen ist: Es wird versucht, die politischen Institutionen dem Griff autoritärer Eliten zu entziehen, und sie der Herrschaft des Rechts und demokratischen Prinzipien zu unterstellen. Dabei sollen die Institutionen jedoch möglichst intakt gehalten werden, um einen erfolgreichen Übergang zu sichern und die Reibungsverluste in Grenzen zu halten. Momentan ist man jedoch darauf angewiesen, dass eine tragende Säule des alten autoritären Regimes, das Militär, diese „Reform von innen“ leitet. Auch in Zukunft wird das für das pro-demokratische Lager bedeuten, dass es ein hohes Maß an Geduld und einen langen Atem beweisen muss. Gleichzeitig wächst außerhalb der formalen politischen Kanäle die Frustration über den Militärerrat und das zähe Tempo des Übergangs. Am Jahrestag der „Revolution des 25. Januar“ ist auch die Muslimbruderschaft ins Kreuzfeuer der Kritik der Tahrir-Demonstranten geraten. In Zukunft wird sie vor allem beweisen müssen, dass sie den Präsidentensturz nicht nur für die Erreichung eigener Interessen genutzt hat.

Literatur

- Brown, Nathan (2012), *When Victory Becomes an Option: Egypt's Muslim Brotherhood Confronts Success*, Carnegie Papers, January, online: <http://carnegieendowment.org/files/brotherhood_success.pdf> (19. Januar 2012).
- El Amrani, Issandr (2012), Final Results for Egypt's Parliamentary Elections, in: *The Arabist*, 22. Januar, online: <www.arabist.net/> (22. Januar 2012).
- Al-Dustur (2011), *Hadha huwa Abdel Rahman Mansour*, 2. März.
- Hizb al-Hurreya wa al-'Adala (2011), *Barnamaj al-Intikhabi li-l-Hizb*, online: <www.hurryh.com/Party_Program.aspx> (17. Januar 2012).
- Hizb al-Nur (2011), *Barnamaj Hizb al-Nur*, online: <www.alnourparty.org/page/program_headers> (17. Januar 2012).
- Shenker, Jack (2012), Egyptian Parliament sworn in under heavy weight of expectation, in: *The Guardian*, 23. Januar.
- El Shobaki, Amr (2009), *Les Frères Musulmans: Des origines à nos jours*, Paris: Karthala.

Weblinks

- <www.hurryh.com>
<www.ikhwanonline.com>
<www.alnourparty.org>
<www.almasryalyoum.com>
<www.weekly.ahram.org.eg>

■ Die Autorin

Annette Büchs ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am GIGA Institut für Nahost-Studien. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören politischer Islam, soziale Bewegungen und die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft im Nahen Osten, mit einem Fokus auf Ägypten und Jemen.

E-Mail: <buechs@giga-hamburg.de>, Website: <<http://staff.giga-hamburg.de/buechs>>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Die Rolle von islamistischen Bewegungen und Parteien bei den politischen Umbrüchen in der arabischen Welt wird gegenwärtig im Forschungsteam „Religion, Konflikt und Politik“ des Forschungsschwerpunktes 2 „Gewalt und Sicherheit“ untersucht. Im Forschungsteam „Persistenz und Wandel nichtdemokratischer Regime“ des GIGA Forschungsschwerpunktes 1 „Legitimität und Effizienz“ werden Wahlen und das Zusammenspiel von Regierung und Opposition vergleichend analysiert.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Büchs, Annette (2010), *Führungswechsel bei Ägyptens Muslimbruderschaft: Demokratieversuch mit unverhofftem Ergebnis*, GIGA Focus Nahost, 1, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Borszik, Oliver (2011), *„Islamisches Erwachen“ statt Selbstbefreiung: Irans Aneignungsversuche der arabischen Revolte*, GIGA Focus Nahost, 3, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

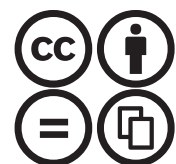
Eibl, Ferdinand (2011), *Parlamentswahlen in Marokko: Ende oder Anfang eines „marokkanischen Frühlings“?*, GIGA Focus Nahost, 11, online: <www.giga-hamburg.de/focus/giga-focus/nahost>.

Fürtig, Henner (2011), *Präsidentensturz in Ägypten: Personal - oder Regimewechsel?*, GIGA Focus Nahost, 2, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Rosiny, Stephan (2011), *Ein Jahr „Arabischer Frühling“: Auslöser, Dynamiken und Perspektiven*, GIGA Focus Nahost, 12, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Henner Fürtig; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes

Lektorat: Silvia Bücke; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM